



Afghanische Frauen erhalten Essensrationen von internationalen Hilfswerken.

BILD KEY

Bund soll Kosten für Langzeitpflege übernehmen

BERN. Die Kosten für die Langzeitpflege werden in den nächsten Jahren stark steigen. Die Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU) will jetzt den Bund stärker in die Pflicht nehmen – und Kantone und Gemeinden entlasten. Die Kosten für die Langzeitpflege werden sich gemäss einer neuen Studie von heute 15,6 auf rund 31,3 Milliarden Franken pro Jahr verdoppeln. Die Politik zerbricht sich den Kopf, wie sie den wachsenden Kosten begegnen soll.

Einen neuen Vorschlag unterbreitet die Eidgenössisch-Demokratische Union. In einer Volksinitiative fordert sie, dass der Bund anstatt die Kantone und Gemeinden die Kosten für die Langzeitpflege übernimmt. «Wir wollen die Kantone, Gemeinden und die Prämienzahler entlasten», sagt EDU-Präsident Hans Moser. Den genauen Initiativtext wird die Kleinpartei am Samstag anlässlich ihres Wahlkampfauftritts vorstellen. Moser ist zuversichtlich, die nötigen 100 000 Unterschriften zu sammeln.

Privatpersonen finanzieren derzeit rund einen Drittel der Pflegekosten, der Anteil der Kantone und Gemeinden beträgt knapp ein Fünftel. Den Rest stemmen die Krankenkasse und die Sozialversicherungen. Die Idee der EDU, die Pflegekosten auf den Bund abzuwälzen, hat der Bundesrat in einem Bericht im Jahr 2016 selber geprüft. Eine solche «weitreichende Reform» käme für ihn nur infrage, wenn die Kantone ihre Aufgaben im Bereich der Pflege nicht mehr erfüllen könnten. Der Bundesrat hält die Option bloss für vertretbar, wenn unter dem Strich keine Lasten von den Kantonen zum Bund verschoben würden. (Kari Kälin)

Journal

SP verzichtet bei Wahl-Plakaten auf Provokation

BERN. Wahlen Wahlkampf ohne Würmer: Die SP hat gestern ihre Wahlplakate präsentiert. Slogans und Sujets stehen für die Wahlversprechen der Partei, wie SP-Präsident Christian Levrat in Bern sagte. Die SP will für tiefere Krankenkassenprämien, Klimaschutz, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie für die Integration älterer Arbeitnehmender in den Arbeitsmarkt kämpfen. Eine Eisenbahnweiche symbolisiert die Bedeutung, welche die Partei den nationalen Wahlen vom 20. Oktober beimisst. Levrat gab sich zuversichtlich. «Wir sind gut unterwegs», sagte er.

Hilfswerke greifen Cassis an

Der Aussenminister will Schweizer Interessen stärker gewichten, doch hiesige Hilfswerke fühlen sich gegenüber ausländischen Organisationen benachteiligt.

Lorenz Honegger

BERN. Die Eidgenossenschaft soll bei der Entwicklungshilfe ihre Eigeninteressen stärker in den Vordergrund rücken. So lautete die Botschaft von Aussenminister Ignazio Cassis, als er im Frühling den Bericht zur internationalen Zusammenarbeit für die Jahre 2021 bis 2024 präsentierte. Der Ruf des Tessiners nach mehr «Swissness» irritiert die Verantwortlichen in den Zentralen der Schweizer Hilfswerke: Sie beobachten seit Jahren, wie der Bund Mandate für Schweizer Entwicklungsprojekte vermehrt an ausländische Nichtregierungsorganisationen (NGO) und private Unternehmen vergibt.

Das Hilfswerk Swisscontact spricht sogar von einer Aushöhlung der Swissness: Es sei beunruhigend, dass der Bundesrat in seinem Entwicklungshilfebericht «überhaupt keine Strategie» aufzeige, welche Rolle Schweizer Nichtregierungsorganisationen in der Entwicklungszusammenarbeit in Zukunft spielen sollen, sagt Geschäftsleitungsmitglied Philippe Schneuwly auf Anfrage. Es bleibe beim Lippenbekenntnis. Der Bundesrat wolle zwar die Swissness fördern, lasse aber gleichzeitig immer mehr ausländische Firmen in Kernbereiche der Schweizer Entwicklungshilfe vordringen.

So versuche die Eidgenossenschaft seit Jahrzehnten, ihre positiven Erfahrungen im Bereich Berufsbildung im Ausland zu verbreiten.

«Wir finden Wettbewerb wichtig, aber beunruhigend ist, dass wir diese Entwicklung auf anderen Märkten nicht sehen.»

Balthasar Stammbach
Akquisitionschef Helvetas

Dennoch habe die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) den Auftrag für ein entsprechendes Projekt in Serbien der skandinavischen Firma Niras vergeben. «Es mutet schon sonderbar an, wenn ausländische Organisationen plötzlich dieses Schweizer Kernanliegen ins Ausland tragen sollen, obwohl diese Organisationen das Schweizer System gar nicht aus eigener Erfahrung kennen», so Schneuwly. Ähnliche Beispiele gäbe es auch im Bereich Tourismus: So vermittelte eine deutsche Firma im Auftrag der Deza in Vietnam das Schweizer Tourismushandwerk.

Aufträge werden ausgeschrieben

Auch andere Schweizer Hilfswerke berichten, dass die ausländische Konkurrenz in den vergangenen Jahren einen immer grösseren Anteil an den Schweizer Entwicklungsausgaben für sich beanspruche. Das ist möglich, weil die Schweiz anders als andere Staaten bei der Entwicklungshilfe keine Herkunftsbeschränkung kennt: Ab einem Auftragsvolumen von 230 000 Franken schreibt die Deza ihre Mandate konsequent aus. Es gibt keine Einschränkungen in Bezug auf das Herkunftsland einer Organisation. Das beste Angebot gewinnt, in diese Beurteilung fliesst auch der Preis mit ein. NGO aus der EU und den USA sind aufgrund der tieferen Lohnkosten gegenüber den Schweizer Kollegen im Vorteil.

Das Hilfswerk Helvetas geht aufgrund eigener Auswertungen von einer annähernden

Verdoppelung der an ausländische Institutionen vergebenen Deza-Mandate zwischen 2012 und 2017 aus: von 24 Prozent auf 45 Prozent. «Wir finden Wettbewerb wichtig, aber beunruhigend ist, dass wir diese Entwicklung auf anderen Märkten nicht sehen; es braucht für alle gleich lange Spiesse, und das ist nicht der Fall», sagt Akquisitionschef Balthasar Stammbach.

Tatsächlich vergeben Länder wie Deutschland, Grossbritannien oder die USA ihre Entwicklungsgelder mit Vorliebe an einheimische Institutionen. Zwar verfügen nicht alle über strikte Herkunftsregeln; die Gelder landen trotzdem oft bei den eigenen Nichtregierungsorganisationen. Swisscontact-Vertreter Schneuwly berichtet, sein Hilfswerk habe kürzlich einen langjährigen Deza-Auftrag an eine völlig unbekannt spanische NGO verloren. «Wir selber haben in Ländern wie Spanien oder Italien null Chancen, an Aufträge zu kommen.»

Die Hilfswerke fordern vom Bundesrat keinen Ausschluss der ausländischen Konkurrenz, doch sie verlangen, dass sich die Regierung im Ausland für gleich lange Spiesse einsetzt. Das Aussendepartement von FDP-Bundesrat Cassis betont, die Schweizer NGO kämen nicht zu kurz: Die neuen Deza-Richtlinien würden deren «wichtige Rolle» anerkennen. «Ausschreibungen sind kompetitiv, können aber Schweizer Fachwissen als Voraussetzung verlangen und so die Swissness in der Umsetzung des Auftrags stärken.»

Was die Klimajugend von den Politikern fordert

Eine Online-Charta richtet sich an die rund 4000 Kandidatinnen und Kandidaten der Wahlen vom 20. Oktober. Die Politiker und Politikerinnen können nun zu den Forderungen Stellung nehmen und ihre eigenen Lösungsansätze präsentieren.

Othmar von Matt

BERN. Genau ein Jahr nachdem Greta Thunberg sich mit einem Schild mit der Aufschrift «Skolstrejk för klimatet» («Schulstreik für das Klima») erstmals vor dem Reichstag in Stockholm positioniert hatte, präsentierte die Schweizer Klimajugend ihre Online-Klimacharta. Der Forderungskatalog richtet sich an die rund 4000 Kandidatinnen und Kandidaten der Nationalratswahlen vom 20. Oktober.

Die Online-Charta umfasst die drei Forderungen der Schweizer Klimabewegung

plus die Frage eines Systemwandels, falls Lösungen im aktuellen System nicht möglich sind. Die Idee der Klimajugend: Politiker und Politikerinnen füllen die Charta aus, drucken ihr personalisiertes PDF aus, fotografieren sich selbst mit der Charta und veröffentlichen das Bild auf der Plattform.

Man habe sich dazu entschieden, eine «Plattform für Lösungsansätze» zu schaffen, sagt der 17-jährige Gymnasiast Jan Burckhardt. Die National- und Ständeratskandidaten können zu jeder der vier Forderungen auch Lösungsansätze präsentieren. Es gehe der Klimajugend um eine «differenzierte Meinungsbildung», so Burckhardt. «Wir versuchen, den Personenkult möglichst klein zu halten. Und wir wollen aus der Charta auch keine Parteiengeschichte machen.»

«Stillstand muss Ende nehmen»

Dennoch ist klar, dass die Klimajugend gerne mehr klimafreundliche Politiker in Bern hätte. «Der Stillstand der

letzten Jahre muss endlich ein Ende nehmen», lässt sich Gymnasiastin Saskia Rebsamen (17) in der Medienmitteilung zitieren. «Am 20. Oktober können wir das jetzige, rückschrittliche Parlament durch Politiker*innen ersetzen, welche ihre Aufgabe auch wirklich wahrnehmen wollen und können.» Beschlossen hat die Klimajugend die Charta am 4. nationalen Klimagipfel Ende Juli in Bern.

Vier Forderungen

Auch Kandidierende, welche die Forderungen des Klimastreiks nicht unterstützen, können die Charta ausfüllen. Sie haben die Möglichkeit, zu allen Forderungen in drei Abstufungen Stellung zu beziehen. Erstens: «Ich setze mich aktiv für die Umsetzung dieser Forderung ein.» Zweitens: «Die Stossrichtung der Forderung sagt mir zu. Trotzdem setze ich mich nicht dafür ein.» Und drittens: «Ich unterstütze diese Forderung nicht.»

«Wir fordern, dass die Schweiz den Klimanotstand ausruft», heisst es in Punkt

eins der Charta. «Die Schweiz anerkennt die Klimakatastrophe als zu bewältigende Krise. Sie hat folglich auf diese Krise zu reagieren und die Gesellschaft kompetent darüber zu informieren.» Den Notstand versteht die Klimajugend nicht als juristischen Begriff, wie sie in den Erläuterungen der Charta präzisiert. «Unser Ziel ist eine inhaltliche und zeitliche Priorisierung klimarelevanter Geschäfte, nicht die Einschränkung demokratischer Rechte.»

«Wir fordern, dass die Schweiz bis 2030 im Inland netto null Treibhausgasemissionen ohne Einplanung von Kompensationstechnologien verursacht», heisst die zweite Forderung der Charta. Weiter wird präzisiert: «Die netto Treibhausgasemissionen müssen zwischen 1. 1. 2020 und 1. 1. 2024 um mindestens 13 Prozent pro Jahr sinken und danach um mindestens 8 Prozent pro Jahr bis 1. 1. 2030. Alle Anteile verstehen sich relativ zu den Emissionen von 2018.» Die dritte Forderung der

Charta betrifft die Klimagerechtigkeit. Materiell und finanziell benachteiligte Menschen sollen durch Massnahmen zum Erreichen von Klimazielen «nicht zusätzlich belastet» werden, heisst es in den Erläuterungen. Dazu solle das Verursacherprinzip angewandt werden. Wer Treibhausgasemissionen und Umweltverschmutzung verursache und von ihr profitiere, müsse zur Verantwortung gezogen werden.

Der wohl umstrittenste Punkt der Charta betrifft den Systemwandel. Sollten die ersten drei Forderungen im aktuellen System nicht erfüllt werden können, «braucht es einen Systemwechsel», steht in der Charta. Wie ein Systemwandel oder ein mögliches alternatives System aussehen solle, sei bei dieser Forderung bewusst offengelassen worden, heisst es in den Erläuterungen der Charta. «Die Interpretation sollte in einem Prozess gefunden werden, an dem sich die gesamte Gesellschaft beteiligen kann.»